

Stephan Mohne und Oliver Schmetz
Teure Bande: Die dubiosen Gehälter von Personalräten
AACHENER ZEITUNG/AACHENER NACHRICHTEN

TEURE BANDE: DIE DUBIOSEN GEHÄLTER VON PERSONALRÄTEN

Der dubiose Aufstieg eines Personalrats

Ex-Vorsitzender im Aachener Stadtbetrieb kletterte in kurzer Zeit etliche Gehaltsstufen. Was steckt dahinter – und wer?

Aachen - Einen ebenso kompetentem wie dubiosen Aufstieg hat ein ehemaliger Personalratsvorsitzender in der Stadtverwaltung Aachen hingelegt. Binnen drei Jahren – zwischen 2009 und 2012 – kletterte der Mann, der bis 2016 Vorsitzender des Personalrats des Stadtbetriebs und Gesamtpersonalratsvorsitzender war, gleich fünf Mal in der Gehaltstabelle – von Gruppe 7 auf 12. Dazu erhielt er auch noch diverse Zulagen, die ihn umgerechnet sogar um mehr als sieben Gruppen emporhievten. Das entspricht einer Verdopplung seines Gehalts in kurzer Zeit. Das schaffen andere Mitarbeiter über Jahrzehnte nicht. Der Aufstieg deckt sich jedoch in keiner Weise mit der Qualifikation des Mannes als Gärtner. Am Ende wurde er bezahlt wie ein städtischer Angestellter im höheren Dienst mit Universitätsabschluss. Das Rechnungsprüfungsamt kommt nun in einer Analyse zu dem Ergebnis, dass dies alles unrechtmäßig geschah.

Der Schaden für die Stadt wird auf 122 000 bis 164 000 Euro beziffert. Ab der Beförderung in die Gruppe 11 gab es auch keine Beteiligung des Personalrats mehr, die zwingend erforderlich gewesen wäre. In der Analyse ist von einem moralischen Fehlverhalten des Personalratsvorsitzenden – er ist für die Gewerkschaft Verdi auch Mitglied der Bundestarifkommission – die Rede, der um die Unrechtmäßigkeit seiner Bezüge gewusst haben müsse.

Entscheidende Fragen werden in dem Bericht aber ausgeblendet: Wer hat die Beförderungen veranlasst, wer hat sie unterzeichnet – und warum? Dazu gebe es mehrere Disziplinarverfahren, weil es hier um Untreuehandlungen gehen könnte. Namen dazu werden nicht genannt. Nach Informationen unserer Zeitung soll der damalige stellvertretende Betriebsleiter die Höhergruppierungen unterschrieben und der damalige Betriebsleiter davon Kenntnis gehabt haben. Beide wollten auf Anfrage dazu ebenso wenig Stellung nehmen wie der Ex-Personalratsvorsitzende.

Die Frage ist auch, wie viel davon in der Verwaltungsspitze bekannt war. 2016 wurde dem damals noch amtierenden Personalratsvorsitzenden eine dubiose „persönliche Zulage“ gestrichen – nach Informationen unserer Zeitung unter Beteiligung eines Mitglieds des Verwaltungsvorstands. Sein überhöhtes Grundgehalt blieb aber unangetastet. Erst 19 Monate später – nachdem es Nachfragen zur Eingruppierung gegeben hatte – veranlasste Oberbürgermeister Marcel Philipp (CDU) die Überprüfung. Philipp wollte sich auf Anfrage ebenfalls nicht äußern – auch nicht dazu, warum trotz der mutmaßlichen Unrechtmäßigkeiten nicht vorher gehandelt worden war. Das Arbeitsverhältnis mit dem Mann wird nun per Auflösungsvertrag beendet. In einer juristischen Einschätzung heißt es, dass ihm wohl bis zu 120 000 Euro Abfindung zustünden. Ein Verzicht des Mannes darauf würde den Schaden fast wettmachen. Die Chancen, sich das Geld gerichtlich bei ihm zurückzuholen, stünden hingegen schlecht.

Überprüft werden soll, ob es sich um einen Einzelfall handelt oder ob es auch in anderen Eigenbetrieben solche Vorgänge gab. Zudem sollen die Kontrollmechanismen verbessert werden.

Stadtbetrieb: Prüfer vermuten Untreue

Ex-Personalratschef konnte ohne nötige Qualifikationen in drei Jahren sein Gehalt verdoppeln. Wer hat das veranlasst?

Aachen - Es ist ein paar Jahre her, dass der Mann laut und öffentlich forderte, dass Klasse Leistung auch honoriert werden müsse. Und dass sich die Lohnzurückhaltung der Beschäftigten nicht gelohnt habe.

Damals, Mitte März 2012, tobte ein Arbeitskampf im öffentlichen Dienst, und der Mann war in der Position, solche Sätze zu sagen. Schließlich war er nicht nur der Vorsitzende des Gesamtpersonalrats der Stadt Aachen, sondern auch Mitglied der Bundestarifkommission der Gewerkschaft Verdi und saß sogar in den Sondierungsrunden in Berlin mit am Tisch, wo die Gewerkschafter mit den Arbeitgebern über Lohnerhöhungen verhandelten.

Spitzenverdienst für einen Gärtner

Heute allerdings zeigt sich, dass der Mann, der jetzt nicht mehr als Personalrat tätig ist, mit der Lohnzurückhaltung wohl eher Kollegen wie die städtischen Müllwerker gemeint hatte. Und nicht sich selbst. Nur einen Tag nach dem Ende des Arbeitskampfes, am 1. April 2012, erhielt der gelernte Gärtner, der auch dem Dienststellenpersonalrat im Aachener Stadtbetrieb vorstand, eine Beförderung in die Entgeltgruppe (EG) 12. Und kassierte damit ein Gehalt, wie es bei der Stadtverwaltung etwa ein Ingenieur mit Hochschulabschluss erhält.

Der ehemalige Personalratschef und seine fürstliche Entlohnung: Dieses Thema hält in diesen Tagen Politik und Verwaltung in Aachen in Atem. Am Dienstagabend diskutierte man hinter verschlossenen Türen im städtischen Rechnungsprüfungsausschuss über die Personalie, die die Stadt teuer zu stehen gekommen ist (siehe Info I). Denn im Bericht der Rechnungsprüfer steht, dass dem Steuerzahler durch die dubiosen Beförderungen des Ex-Personalratschefs ein Schaden entstanden ist, der sich zwischen 122 000 und 164 000 Euro bewegt – je nachdem, welche Entgeltgruppe denn für den gelernten Gärtner mit Hauptschulabschluss und ohne nennenswerte weitere Qualifikationen das Höchste der Gefühle gewesen wäre.

Und es ist nicht nur die zuletzt erreichte Gehaltsstufe, es ist auch die Rasanz des finanziellen Aufstiegs des freigestellten Personalrats, die einem den Atem raubt. Laut den Prüfern war der Mann erst im Juli 2009 in die Entgeltgruppe 8, Stufe 5, eingruppiert worden. Anfang 2010, mit dem Beginn seiner Tätigkeit als Gesamtpersonalratsvorsitzender, nahm er dann gleich zwei Sprossen auf der Beförderungsleiter – bis in die Gruppe 10, wobei die zweite erst im September rückwirkend angeordnet wurde. Im August 2011 stieg er dann schon wieder – in die Entgeltgruppe 11, im April 2012 schließlich in die EG 12. Und nur zwei Monate später kam eine „persönliche Zulage“ in Höhe von 460 Euro pro Monat obendrauf, die ihn in den Bereich der Gehaltsgruppe 14 katapultierte. Auf den Punkt gebracht: In drei Jahren nahm der Mann sieben Beförderungsstufen und konnte sein Gehalt inklusive Zulagen ungefähr verdoppeln – eine Karriere, von der städtische Mitarbeiter sonst nicht einmal zu träumen wagen.

Zweifelhafte Zulagen

Dabei hat er, wie die Prüfer ebenfalls festgestellt haben, in einigen Fällen gar keine Bewerbung abgegeben. Außerdem wurde der Personalratschef bei seinen letzten Gehaltssprüngen ohne die eigentlich gesetzlich vorgeschriebene Beteiligung des Personalrats – bis Stufe 10 hatte dieser die auch da schon zweifelhaften Aufstiege mitgetragen – befördert. Und kassierte neben der „persönlichen Zulage“ auch noch eine Vorhandwerkerzulage in Höhe von rund 250 Euro, obwohl er als freigestellter Personalrat gar kein „Vorhandwerker“ mehr sein konnte. In dem Bericht heißt es, der Mann habe dies alles grundsätzlich eher verlangt als beantragt.

Kein Wunder, dass die städtischen Rechnungsprüfer zu einem vernichtenden Urteil kommen. Dem früheren Personalratschef wird dort unter anderem ungerechtfertigte Bereicherung attestiert. Als ausgewiesener Tarifexperte habe der Gewerkschafter wissen müssen, dass seine tarifliche Eingruppierung mindestens ab EG 10 mangels Qualifikation moralisch nicht statthaft gewesen sei. Doch habe er offenbar seine persönlichen Interessen über seine Pflichten als Personalratsvorsitzender gestellt, der in einer Verwaltung eine Vorbildfunktion ausfüllen müsse.

Das ist die eine Seite. Doch neben den moralischen Aspekten hat die Geschichte möglicherweise auch eine strafrechtliche Komponente. Die Prüfer sprechen von rechtswidrigen Eingruppierungen und willkürlichen Zulagenzahlungen und sehen Anhaltspunkte für eine Untreuehandlung. Fakt ist: Während man sich mit dem Ex-Personalratschef mittlerweile auf einen Auflösungsvertrag geeinigt hat – der Mann will künftig hauptamtlich für Verdi arbeiten –, wurden in der Stadtverwaltung mehrere Disziplinarverfahren eingeleitet. Denn es geht auch um die Frage, wer dem Mann die Gehaltssprünge genehmigt hat. Wie konnte es passieren, dass der Stadtbetrieb für den obersten Personalrat offenbar zum Selbstbedienungsladen geriet? Und handelt es sich um einen Einzelfall im Stadtbetrieb oder gar um ein

strukturelles Problem, das möglicherweise alle Eigenbetriebe der Stadt betrifft? Die Rechnungsprüfer sprechen hier von organisatorisch und wirtschaftlich verselbstständigten Bereichen, von Intransparenz und geringen Kontrollmöglichkeiten und empfehlen dringend, dass das Personalamt die Handhabung von Höhergruppierungen und Zulagengewährung in allen eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen und Eigenbetrieben prüft. Die Geschichte könnte also noch weitere Kreise ziehen.

Gleichwohl stellt sich im vorliegenden Fall die Frage, ob die horrenden Gehälter des Personalratschefs nur der Leitung des Stadtbetriebs bekannt waren oder ob man auch in der Verwaltungsspitze davon wusste. Und falls ja, ab wann? Nach Informationen unserer Zeitung richteten sich zwei der Disziplinarverfahren gegen den damaligen Leiter des Stadtbetriebs und seinen damaligen Stellvertreter. Der Stellvertreter soll die Beförderungen abgezeichnet, der Leiter davon gewusst haben. Warum dem Personalratschef auf diese Weise Geld zugeschoben wurde? Ob es Gegenleistungen gab? Diese Fragen drängen sich auf, doch liegen die Antworten (noch) im Dunkeln.

Fakt ist jedenfalls, dass dem Personalratschef im April 2016 die „persönliche Zulage“ von 460 Euro gestrichen wurde. Damals war er als Vorsitzender des Gesamtpersonalrats bereits angezählt, kurz darauf wurde er abgewählt. Denn einige Monate zuvor hatte der Mann Schlagzeilen gemacht, weil er von einem Personalratskonto des Stadtbetriebs, auf das nur er Zugriff hatte, unbelegte Barabhebungen getätigt, private Rechnungen beglichen und sich selbst Fahrtkosten überwiesen hatte. Als dies Wirtschaftsprüfern auffiel, zahlte er das Geld zurück und erklärte, es habe sich um ein Versehen gehandelt. Die Staatsanwaltschaft nahm Ermittlungen auf, das Verfahren wurde im April 2017 gegen Zahlung einer Geldbuße eingestellt. Auch die städtischen Rechnungsprüfer wurden seinerzeit eingeschaltet. Oberbürgermeister Marcel Philipp beließ es schließlich bei einer Abmahnung, obgleich man kurz vorher bei wesentlich geringeren Vergehen gegen Mitarbeiter des Stadtbetriebs Kündigungen ausgesprochen hatte.

Und wer strich dem Mann die vermutlich unrechtmäßige Zulage? Nach Informationen unserer Zeitung war an der Streichung, anders als bei den vorherigen Höhergruppierungen, diesmal auch ein Mitglied des Verwaltungsvorstandes beteiligt. Die Frage ist interessant, weil der OB erst 19 Monate später, im November 2017, die aktuelle Prüfung in Auftrag gab – weil es Nachfragen zur Eingruppierung des ehemaligen Personalrats gegeben habe, wie es heißt. Doch warum hat das so lange gedauert? Hätte man nicht schon beim Streichen der Zulage feststellen müssen, dass mit den Bezügen etwas nicht stimmen kann?

Keiner will etwas sagen

Auf all diese Fragen gibt es vom Presseamt mit Verweis auf das nicht-öffentliche Verfahren keine Antworten. Auch OB Marcel Philipp will sich derzeit nicht zu dem Fall äußern, Gleiches gilt für den ehemaligen Leiter des Stadtbetriebs und dessen damaligen Stellvertreter. Und auch die Politik verhält sich bislang noch ungewohnt still. Zwar ist die Wut und Empörung über den Ex-Personalratsvorsitzenden und seine Handlanger unter den Eingeweihten groß, doch namentlich will vorerst niemand Stellung beziehen. Fast hat es den Anschein, als solle das Thema durch Schweigen vom Tisch geschafft werden. Und das dürfte auch dem Mann, um den es geht, ganz gut passen. Denn dieser redet jetzt lieber auch nicht mehr öffentlich: Er könne zu seinem Fall, sagt er auf Anfrage unserer Zeitung, keinerlei Auskünfte geben.